

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin, liebe Sawsan,

sehr geehrter Herr Dr. Röbbke,

liebe Mitglieder des BBE,

sehr geehrte Damen und Herren,

Demokratie lebt von Demokratinnen und Demokraten.

Von denen, die aus oft sehr unterschiedlichen Beweggründen, ihr Leben aktiv gestalten und dies nicht allein, sondern glücklicherweise zusammen mit anderen tun.

Manchmal mit wenigen, manchmal mit einigen, manchmal mit vielen.

Hier für einen Bildungsprojekt, dort für ein Naturreiservat, an anderer Stelle gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit.

Auf jeden Fall aber sind es Frauen und Männer, die auf ihre jeweils ganz eigene Weise Staatsbürgerlichkeit zeigen, leben und beweisen. Die in ihrem Engagement Zeichen dafür sind, dass unser Gemeinwesen nicht vom Zugucken oder Wegsehen lebt.

Die keine Konsumentenhaltung an den Tag legen und nicht Kundinnen und Kunden eines Staatswesens sein wollen, das nur als oberster Dienstleister gesehen wird.

Menschen, die damit Zeichen setzen: Nicht gegen irgendeinen fremden Verwaltungsstaat, dem in den Arm gefallen werden muss – auch wenn das gelegentlich sehr sinnvoll sein kann – sondern für die ganze, große und sehr breite Palette gemeinsamer und gemeinschaftlicher Anliegen. Auch solcher kleiner Gruppen und derjenigen, die von sich aus zu wenig zur Sprache kommen und Gehör erlangen.

Ich halte nichts von dem Gegensatz „Staat und Zivilgesellschaft“. Den einen gibt es so wenig als Block, wie es die andere als Einheit gibt.

Wir alle – als mal mehr und mal weniger engagierte Menschen – bilden Staat und zivile Gesellschaft gleichermaßen. Wenn wir uns funktional und institutionell aufgliedern, dann dient es im Idealfall diesem einen Zweck: Die res publica zu gestalten. Und davon haben wir genau nur eine.

Gegensätze von Interessen werden in der Demokratie ausgehandelt. Dazu gibt es vielerlei Orte. Manchmal zu wenige. Manchmal zu einflusslos. Manchmal zu langweilig. Jede und jeder von Ihnen kann solche Orte suchen, finden und neu erfinden. Das nennt sich Engagement.

Es setzt sich ab von der reinen Wahrnehmung der Gruppenegoismen, die ihre Anliegen ausschließlich gegen andere und nicht als Kompromiss mit anderen durchsetzen wollen.

Das freiwillige Engagement gilt in diesem Sinne für alle: Die Chorleiterin in Buxtehude, die Feuerwehrfrau in Meuselwitz und die Bundestagsabgeordnete aus Vorpommern-Rügen. Die zudem noch Bundeskanzlerin ist.

Diese alle und damit Sie alle sind keine Kunden, die am Tresen der Bundesrepublik Deutschland Fürsorge und Gerechtigkeit bestellen und sich darüber wundern, dass nicht alles „To Go“ mitgenommen werden kann.

Es muss das „To Make“ geben. Das „To Make“, das wir Engagement nennen. Dafür stehen Tausende von Vereinen und Initiativen. Millionen von Jugendlichen, Frauen und Männern. Nicht neben und nicht gegen den Staat. Sondern als mündige Bürgerinnen und Bürger.

Um das „To make“ zu ermöglichen, fördern wir das Engagement in unserem Land. Es gilt, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen sich die Menschen gut engagieren können. Wenn sie dies möchten.

Über 30 Millionen Menschen tun dies bereits. Sie übernehmen Verantwortung im eben beschriebenen Sinne. Verantwortung für sich, für andere und für unsere Gesellschaft. Mit ihrem Engagement tragen sie zum Zusammenhalt bei und erhöhen ganz konkret die Lebensqualität in unseren Städten und Kommunen. Als Demokratinnen und Demokraten stärken sie unsere Demokratie.

Politik muss sich für Engagierte einsetzen: sie wertschätzen und darin bestärken, weiterzumachen.

Lassen Sie mich drei Ansatzpunkte nennen, mit denen wir als Bundesfamilien- oder auch Bundesengagementministerium dies bereits tun und in dieser Legislatur weiterführen oder noch verstärken wollen:

### 1.) „Demokratie leben!“ / Demokratiefördergesetz

Ich hatte es zu Beginn gesagt: Die Demokratie lebt von den Demokratinnen und Demokraten. Deswegen ist das Programm „Demokratie leben!“ folgerichtig.

„Demokratie leben!“ ist das größte Demokratieförderprogramm, das wir in Deutschland haben. In Höhe von 115 Mio. Euro fördern wir Projekte von Initiativen, Vereinen und engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander einsetzen. Überall im Land. Zwischen Flensburg und Kaufbeuren, Usedom und Saarbrücken.

Mit „Demokratie leben!“ stärken wir denen den Rücken, die vor Ort erfolgreich Arbeit für unsere Demokratie leisten. Teilweise unter sehr schwierigen Bedingungen. In **Chemnitz** haben wir das kürzlich erst wieder gesehen.

Wenn sich zum Beispiele Rechtsextremisten und Rechtspopulisten bei einem sogenannten Trauermarsch weiße Rosen ans Revers heften, ist es richtig, das Stadttheater zu

unterstützen, um mit dem Stück „Die weiße Rose“ an Sophie und Hans Scholl zu erinnern. In Chemnitz gibt es eine sehr aktive Zivilgesellschaft. So öffnet der Leiter der Kunstsammlungen sein Haus und lädt Chemnitzerinnen und Chemnitzer zu Dialogen über Angst, Enttäuschung und Gerechtigkeit ein. Mit Mitteln des Programms baut der Flüchtlingsrat sein Patenprogramm mit Migrantinnen und Migranten aus und das Team der RAA Sachsen berät die Opfer rassistischer Übergriffe. Dazu kommt, dass die Jugendfeuerwehr eine Ausschwitz-Fahrt anbietet, Jugendliche in Zukunftswerkstätten ihre Schule verändern oder die Jugendberufshilfe ihr Personal zum Thema Menschenrechte weiterbildet. Es ist aber auch Teil von „Demokratie leben!“, dass es Diskussionsveranstaltungen zum Leben in der DDR gibt und dabei deutlich wird, was Ausbürgerungen und Angepasstsein vor 1989 in Chemnitz bedeuteten. Davon gibt es zahllose Beispiele im ganzen Land.

Es ist eine dauerhafte Aufgabe, Demokratie zu leben und Demokratie zu lernen. Aufeinander zu hören. Einander zuzuhören. Und miteinander zu handeln. Und weil das Programm gut funktioniert, haben wir uns entschieden, „Demokratie leben!“ auch über 2019 hinaus fortzusetzen und weiterzuentwickeln. Ich bin sehr froh, dass das BBE sich im

Rahmen des Bundesprogramms mit den Fragen der Demokratieförderung im ländlichen Raum beschäftigt.

Um das Engagement für Demokratie, für Zusammenhalt und gegen Extremismus nachhaltig zu organisieren, ist aus meiner Sicht aber mehr als eine **Entfristung des Bundesprogrammes** notwendig.

Wir brauchen dafür eine **gesetzliche Grundlage**. Denn diese gibt es bislang nicht. Um gemeinsam mit den Ländern auf die Bedarfe vor Ort zu reagieren. Denn die Menschen dort wissen am besten, wo die spezifischen Probleme liegen. Wie sie gegen diese vorgehen können. Welche Unterstützung sie bei ihrer Arbeit benötigen.

Chemnitz hat wieder einmal deutlich gemacht, dass es dieser gesetzlichen Grundlage bedarf. Deswegen hat Bundesministerin Franziska Giffey die Ereignisse dort zum Anlass genommen, sich für ein **Demokratiefördergesetz** auszusprechen. Ein Gesetz, das sicherstellt, dass die demokratische Zivilgesellschaft dauerhaft gefördert werden kann.

Und deshalb fördern wir auch Verbände und Initiativen sowie diverse Projekte und Programme zur Engagementstärkung. Auch das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement gehört dazu. Der Bund stellt dieses Jahr allein über 22 Millionen Euro für die Engagementförderung zur Verfügung. Und dabei ist der Kinder- und Jugendplan noch nicht mal mit eingerechnet.

## **(2.) Errichtung der Deutschen Engagementstiftung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich hatte zu Beginn gesagt, dass wir Bürgerinnen und Bürger nicht am Tresen der Bundesrepublik Deutschland Fürsorge und Gerechtigkeit „To Go“ bestellen können. Am besten noch laktosefrei und entkoffeiniert. Oder gleich einen Caramel Light Frappuccino blended beverage.

Nein, es kommt auf das „To Make“ an. Und es kommt darauf an, Staat und Gesellschaft nicht als zwei getrennte Einheiten zu verstehen. Res publica heißt nichts anderes als Gemeinwesen. Ein Gemeinwesen, das geformt wird aus seinen Bürgerinnen und Bürgern und dem Staat.

Weil wir wissen, dass Staat und Zivilgesellschaft zusammenwirken müssen. Dass es nur dann auch Zusammenhalt gibt. Dass wir hier noch besser werden müssen in Deutschland. Deshalb wollen wir eine Engagementstiftung gründen.

Mit der Deutschen Engagementstiftung werden wir die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft für die Engagementförderung weiter stärken und verstetigen. Eine Stiftung als **Brücke zwischen Staat und Zivilgesellschaft**.

Helfen wollen wir mit der Stiftung gerade in den Bereichen des Engagements, in denen es besonderen Bedarf gibt, z.B. weil es an traditionellen Strukturen des Engagements mangelt.

Schauen wir auf die Deutschlandkarte sehen wir eine stark unterschiedlich geprägte Engagementlandschaft: Zwischen Ost und West, zwischen ländlichem und städtischem Raum. Wir sehen, dass die Digitalisierung Chance und Herausforderung für die Engagementstrukturen ist.

Neue Kommunikationskanäle und das Digitalisieren von Abläufen nehmen auch in zivilgesellschaftlichen Organisationen zu. In der Praxis heißt das: digitale Kompetenzen müssen ausgebaut werden. Mit Blick auf knappe Ressourcen und ehrenamtliche Strukturen ist das für viele Organisationen aber eine große Herausforderung.

Wir haben zudem mit dem Programm „Die engagierte Stadt“ Erfahrungen gesammelt, die wir in die Stiftung einbringen möchten. Zusammen mit anderen Stiftungen führt das BMFSFJ seit Jahren das Programm durch. Wir und die Stiftungen kooperieren, tauschen unser Know-How und Erfahrung aus. Die Engagierte Stadt setzt auf die Lösungskompetenz der Agierenden vor Ort und stärkt ihre Strukturen. Weil es ihnen um „To make“ und nicht um „To Go“ geht. Weil sie am besten wissen, wo der Schuh drückt. Daraus wollen wir für die Stiftung lernen.

### **(3.) Weiterentwicklung der Freiwilligendienste**

Sehr viele junge Menschen wollen sich einbringen und mitmachen. Gerade nach der Schule haben viele den Drang, den Blick über den Tellerrand zu wagen und ein Jahr oder zumindest mehrere Monate einen freiwilligen Dienst zu leisten.

Sich für andere freiwillig einzusetzen, im Engagement zu lernen und dabei die eigene Persönlichkeit zu stärken. Das ist für viele Menschen in unserem Land zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Im vergangenen Jahr haben sich alleine im Bundesfreiwilligendienst (BfD) über 41.000 Frauen und Männer in sozialen Einrichtungen, in Kultur, im Sport und im Ökologiebereich engagiert. Von der berühmten Seehund-Station an der Nordsee, bis hin zu Theatern, sozialen

Einrichtungen, Museen und noch vieles mehr. Sie sind engagiert und machen mit. Im Rahmen der Jugendfreiwilligendienste waren es sogar noch mehr: rund 60.000 in 2017.

Für Franziska Giffey als Bundesjugend- und Bundesengagementministerin war deswegen schon im Sommer klar, dass jeder, der sich in Deutschland freiwillig engagieren will, soll dazu die Möglichkeit bekommen soll. Dazu wird sie in Kürze ein Konzept vorstellen, dem ich hier nicht vorgreifen kann und will.

Klar ist aber für uns: Junge Menschen, die einen freiwilligen Dienst leisten, sind wichtig für unsere Gesellschaft. Sie sind wichtig, weil sie vormachen, dass es nicht nur darum geht, teil zu haben, sondern auch teil zu geben. Wenn es uns gelingt, von jungen Jahren an Engagement zu fördern, wird sich dies auch im Erwachsenenalter fortsetzen. Davon bin ich zutiefst überzeugt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine gute Engagementpolitik kann nicht ohne Partner funktionieren. Die Politik braucht starke Partner – in der Wirtschaft, aber vor allem auch in der Zivilgesellschaft. Ein

solcher Partner ist für uns das Bundesnetzwerk  
Bürgerschaftliches Engagement.

Ob im Rahmen von Synergieworkshops, bei der Organisation des Deutschen EngagementTags 2018, bei der Umsetzung unserer Programme wie „Menschen stärken Menschen“ oder „Demokratie leben!“. Das BBE erweist sich als kompetenter Gesprächspartner und Umsetzer. Und wichtiger strategischer Mitstreiter.

Schon seit Jahren verbindet das BBE und mein Haus eine erfolgreiche Partnerschaft. Ich möchte die heutige Gelegenheit nutzen, dem BBE ein herzliches Dankschön dafür auszusprechen.

Das BBE trägt mit seinem Einsatz zur Stärkung und Fortentwicklung der Rahmenbedingungen des Bürgerschaftlichen Engagements bei. Das BBE dient nicht nur als Kompetenzzentrum für Fragen des bürgerschaftlichen Engagements. Sondern auch dem fachlichen Austausch und der Vernetzung von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik. Es hat sich seit seiner Gründung im Jahr 2002 zu einem vielbeachteten Netzwerk entwickelt!

Dies lässt sich alleine schon an seinen Mitgliederzahlen ablesen: 31 Mitglieder waren es zur Gründung. Heute sind es über 250 Akteure aus der Zivilgesellschaft, aus Wirtschaft und Staat.

Einen wichtigen Termin, an dem wir das vielfältige Engagement in unserem Land erneut sichtbar machen und feiern wollen, haben Sie sich hoffentlich alle schon in ihren Kalendern notiert. Am 5. und 6. Dezember wird der 3. Deutsche Engagement-Tag stattfinden, den wir gemeinsam mit dem BBE organisieren.

Für den Deutschen Engagement-Preis, der bei der Gelegenheit vergeben wird, haben sich in diesem Jahr über 500 Projekte beworben. Wer am Ende den Preis gewinnt, kann ich Ihnen noch nicht verraten. Aber dass es ein schöner Abend werden wird, ganz sicher.

Ich habe zu Beginn gesagt, dass wir am Tresen der Bundesrepublik Deutschland nicht Gerechtigkeit und Fürsorge „To Go“ erwarten können. Aber wir können später noch ein Glas Wein oder Bier am Tresen des BBE erwarten, dann auch „to Go“ oder „to stay and talk a little bit.“

Vielen Dank und einen schönen Abend!